



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 07.02.2025 bis 14.02.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Bulgarien: Hilfsprogramm für Roma	3
D.R. Kongo: Vormarsch auf die Hauptstadt der Provinz Südkivu	4
Deutschland: ALfA - „Ein guter Tag für das Recht auf Leben“	5
Deutschland: Brandanschläge auf zwei Kirchen in Würzen	6
Deutschland: EAD-Forum veröffentlicht „12 Thesen zu Migration und Asyl“	7
Deutschland: Kirchenleiter erschüttert über Anschlag	8
Deutschland: Paragraf 218 - Theologisch Konservative kritisieren Rat der EKD	9
Deutschland: Pfarrer bei Raubüberfall verletzt	11
Gaza/Israel: Hamas setzt Geisel-Freilassung aus	12
Indonesien: Verbotene islamische Organisation HTI taucht wieder auf	13
Iran: Berufungsantrag gegen Todesurteil abgelehnt	14
Israel: Anschlag auf Bus vereitelt	15
Israel: Trotz Verbot - UNRWA praktiziert weiter	16
Kenia: Ein Evangelist erzählt	17
Myanmar: Katholische Kirche in Chin bei Luftangriff der birmanischen Armee beschädigt	18
Nigeria: Christen rufen inmitten wachsender Spannungen zu Einigkeit und Unterstützung auf	19
Nigeria: Katholischer Priester entführt	20
Nigeria: Männer vergewaltigen minderjähriges christliches Mädchen	21
Nigeria: Mutmaßliche Fulani-Islamisten töten mindestens 15 Christen	22
Österreich: Urteil gegen Amokfahrer	23
Russland: In den Hausarrest entlassen	24
Türkei: Erschütterung und neue Hoffnung	25
Ukraine: Bibelstudium unter Geflüchteten	26

Bulgarien: Hilfsprogramm für Roma

(Licht im Osten, Iwan S., Jambol) schreibt: „Aufgrund Ihrer Großzügigkeit konnten wir unsere Bildungs- und Hilfsprogramme für die Roma-Gemeinde und für die bulgarische Gemeinde ausweiten ... konnten wir vielen Menschen in der Region – insbesondere den Roma und der türkischsprachigen Bevölkerung – Zugang zu besserer Bildung, ein geistliches Umfeld und ein biblisches Modell für persönliche Entwicklung ermöglichen. Wir arbeiten mit bedürftigen und einsamen Menschen und leisten weiterhin humanitäre Hilfe für arme und kinderreiche Familien unter den Roma und Türken. Gemeinsam mit dem Leiter der Roma-Gemeinde, Bruder Dmitry, helfen wir Familien im Dorf Weselinowo, wo wir Alphabetisierungskurse für Kinder durchführen.“ Diesen Dienst tun sie immer noch in sehr beengten räumlichen Verhältnissen. „Wir brauchen dringend ein Grundstück, um ein größeres Haus für die wachsende Gemeinde und die vielen Kinder zu bauen. Oder aber ein fertiges Haus ... Wenn wir ein größeres Haus hätten, würden Bulgaren hier die Möglichkeit haben, zu Gottesdienste zu kommen.“ **Bitte beten Sie**

☒ dafür, dass die Alphabetisierungsarbeit unter Roma- Kindern weiterhin viele Früchte trägt, dass Kinder einen Schulabschluss machen und danach eine Berufsausbildung absolvieren und so aus ihrem sozialen Milieu herausfinden. Und dass sie zu einer persönlichen Beziehung zu Gott finden und zu einem neuen Leben in Christus. Dass sich auch ihre Familien für das Evangelium öffnen.

☒ dass ein Grundstück für den Bau eines geeigneten Hauses für diesen Dienst oder ein entsprechendes fertiges Haus erworben werden kann. Dass dann Leute aus Weselinowo auch die Gottesdienste besuchen.

☒ Dank für die Gemeinde in Zlati Voyvoda, die von Roma und Bulgaren besucht wird.

„Seit vielen Jahren besuchen wir das Altenheim in dem Dorf Boljarsk.“ Dort werden sie einerseits mit großer Freude empfangen, andererseits sind ihre Einsätze geistlich sehr umkämpft. Deshalb haben wir davor „gebetet, uns vor Gott gedemütigt und unsere Herzen gereinigt. Und dann hörten alle Heimbewohner der Predigt über die Geburt Christi zu, niemand störte, wie es früher der Fall gewesen war. Es herrschte Frieden. Die Mitarbeiter hörten zu und gingen nicht weg, wie es einige in den vergangenen Jahren getan hatten. Der Direktor und die Sozialarbeiter waren offener. Sie nahmen die [christlichen] Kalender gerne an. Die Heimbewohner lasen die Zeitschriften, die wir ihnen gaben, und die christlichen Bücher, die für ihre Bibliothek bestimmt waren. Einige der alten Frauen sind zu regelmäßigen Leserinnen geworden. Und es geschah, dass einige von ihnen ein Bußgebet sprachen. Wir verteilten Geschenke, erhielten aber auch selbstgebastelte Geschenke von den Bewohnern.“ **Bitte beten Sie**

☒ um geistliche Aufbrüche und geistliches Wachs-um bei den Heimbewohnern und Mitarbeitern

D.R. Kongo: Vormarsch auf die Hauptstadt der Provinz Südkivu

"Ziel der M23-Rebellen ist wahrscheinlich der Flughafen von Bukavu"

Kinshasa (Fides) - „Der in den letzten Tagen ausgerufene Waffenstillstand ist gebrochen worden. In Wirklichkeit hat er der Rebellenbewegung M23 und der ruandischen Armee nur dazu gedient, ihre Truppen mit Waffen, Munition und Proviant zu versorgen, um dann ihren Vormarsch in Richtung Süden fortzusetzen“, berichtet ein Beobachter aus Kreisen der Ortskirche aus Bukavu, der Hauptstadt der Provinz Südkivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo gegenüber Fides.

Am 3. Februar hatte die M23-Miliz, die Ende Januar Goma, die Hauptstadt der kongolesischen Provinz Nordkivu, eingenommen hatte, „aus humanitären Gründen“ eine Waffenruhe ausgerufen, die am 4. Februar in Kraft trat ([vgl. AKREF 4/2/2025](#)).

„Die M23 hat ihren Vormarsch in Südkivu wieder aufgenommen und das Dorf Ihusi angegriffen“, so der Beobachter. „Derzeit befinden sich ruandische Soldaten und M23-Kämpfer etwa 60 km vom Zentrum von Bukavu entfernt. Ihr Ziel ist wahrscheinlich viel näher, es ist der Flughafen von Kavumu, der etwa 30 km von der Stadt entfernt liegt und für die Versorgung der Truppen der kongolesischen Armee (FARDC) mit Männern und Mitteln von strategischer Bedeutung ist“, vermutet der Beobachter, der berichtet, dass „die Lage in der Stadt ruhig ist“. „Die ausländischen Mitarbeiter der verschiedenen Nichtregierungsorganisation und internationalen Agenturen haben die Stadt unterdessen verlassen, während Missionare und einheimische Geistliche vor Ort bleiben“.

Es bleibt daher ungewiss, ob der Vormarsch der M23-Einheiten am Flughafen von Kavumu Halt macht oder weiter in die Hauptstadt der Provinz Südkivu führt. „Bukavu wird nicht nur von kongolesischen Soldaten und Milizionären verteidigt, sondern auch von Soldaten der burundischen Armee, die in der Region 16 Bataillone mit insgesamt etwa 12.000 Mann stationiert hat. Diese Soldaten scheinen besser ausgerüstet zu sein als die Soldaten der kongolesischen Armee, die oft behaupten, dass sie nicht einmal genug zu essen haben“, so der Beobachter weiter.

Auf diplomatischer Ebene wird die Krise im Osten der Demokratischen Republik Kongo auf dem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union in Addis Abeba (Äthiopien) an diesem Wochenende erörtert werden.

„Viele Versprechen, viele Worte, aber nichts Konkretes“, vermutet der Beobachter, „Es werden Sanktionen gegen Ruanda angedroht, aber es scheint nichts Konkretes getan worden zu sein, um sie in die Tat umzusetzen“.

In Goma geht unterdessen das Drama um Hunderttausende von Vertriebenen weiter, die gezwungen wurden, die Unterkünfte zu verlassen, weil nach Angaben der Rebellenbewegung M23 „die Sicherheitsbedingungen wiederhergestellt wurden“.

„Dies ist ein politischer Schachzug, um zu zeigen, dass die 'neuen Herren' der Region die Situation unter Kontrolle haben“, so der Beobachter. „Tausende von Menschen sehen sich jedoch gezwungen, in Dörfer zurückzukehren, die in einigen Fällen 30-40 km von Goma entfernt liegen, ohne die Garantie, dass sie ihre Häuser und die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben vorfinden“, bekräftigt er abschließend. „Viele von ihnen bleiben in der Stadt in behelfsmäßigen Unterkünften oder werden von Freunden und Verwandten aufgenommen“.

(L.M.) (Fides 12/2/2025)

Deutschland: ALfA - „Ein guter Tag für das Recht auf Leben“

Keine Sondersitzung des Bundestages vor der Wahl: § 218 StGB bleibt

Augsburg (IDEA) – Die Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) hat den Beschluss des Rechtsausschusses im Bundestag begrüßt, keine Parlamentsondersitzung zur Neufassung des Paragraphen 218 vor der Bundestagswahl zuzulassen. Das sei „ein guter Tag für das Recht auf Leben“, erklärte die Bundesvorsitzende der ALfA, Cornelia Kaminski (Fulda), in einer Mitteilung. Die gesetzliche Neuregelung der Abtreibung sei damit vorerst vom Tisch. Nach dem Paragraphen 218 StGB sind Abtreibungen grundsätzlich rechtswidrig, bleiben unter bestimmten Bedingungen aber straffrei. Abgeordnete von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei hatten einen Antrag in den Bundestag eingebracht, wonach Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche nicht mehr im Strafgesetzbuch geregelt werden, also erlaubt sein sollen. Kaminski zufolge ist das Vorhaben damit aber noch nicht vollständig unmöglich. Bis zur Konstituierung des neugewählten Bundestags, die innerhalb von 30 Tagen nach der Wahl erfolgen muss, führe der alte Bundestag weiterhin die Geschäfte. Angesichts der Vehemenz, mit der die Befürworter einer weiteren Liberalisierung eines Gesetzes aufträten, das das Leben ohnehin nur unzureichend schütze, müsse man leider sagen: „Auch eine solche demokratische Unanständigkeit ist ihnen zuzutrauen.“ Dabei hätten sie nach der Sachverständigen-Anhörung am 10. Februar jede Möglichkeit, „sich gesichtswahrend zurückzuziehen und anzuerkennen, dass es weder medizinische noch rechtliche oder gesellschaftliche Gründe gibt, das Lebensrecht ungeborener Kinder weiter auszuhöhlen“. Der Juraprofessor Gregor Thüsing (Bonn) hatte bei der Anhörung die Ansicht vertreten, dass die geplante Neuregelung verfassungswidrig sei. Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sei der Staat verpflichtet, das ungeborene Leben auch durch das Strafrecht zu schützen. Dazu Kaminski: „Wer ein Gesetzesvorhaben auf solch tönernen Füße stellt, darf sich nicht wundern, wenn es im Rechtsausschuss scheitert.“

Bundesverfassungsgericht hat eine „Brandmauer“ errichtet

Abschließend schreibt die Lebensrechtlerin: „Schon immer ging die größte Gefahr in einem Land von Politikern in Regierungsverantwortung aus, die Menschen in zwei Klassen einteilen: mit und ohne Menschenwürde, mit und ohne Menschenrechte. Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht mit seinen Urteilen gegenüber solchen Umtrieben eine Brandmauer errichtet hat.“ Die Aktion Lebensrecht für Alle mit Sitz in Augsburg tritt nach eigenen Angaben für das uneingeschränkte Lebensrecht jedes Menschen ein. Sie hat mehr als 11.000 Mitglieder und ist Mitglied im Bundesverband Lebensrecht.

Deutschland: Brandanschläge auf zwei Kirchen in Wurzen

Sachsen: Möglicher Zusammenhang mit Graffiti-Vorfällen ist unklar

Wurzen (IDEA) – Bislang unbekannte Täter haben in der Nacht zum 9. Februar in der sächsischen Kreisstadt Wurzen (Landkreis Leipzig) Brandanschläge auf zwei Kirchen verübt. Wie die Polizeidirektion Leipzig mitteilte, meldete ein 35-Jähriger kurz nach 1 Uhr den Brand eines Kellerfensters der Neuapostolischen Kirche. Das Feuer konnte den Angaben zufolge von der eintreffenden Polizei gelöscht werden. In derselben Nacht habe eine andere Funkwagenbesatzung einen Brand vor der Haupteingangstür des Doms St. Marien entdeckt. Die Beamten hätten das Feuer ebenfalls löschen können, hieß es. Der Schaden an beiden Kirchen werde auf insgesamt rund 2.000 Euro geschätzt. Die Polizei ermittelt wegen eines vorsätzlichen Branddeliktes. In Wurzen war es laut Leipziger Volkszeitung in der Vergangenheit mehrfach zu Graffiti-Anschlägen auf Kirchen gekommen – auch am Dom und an der Neuapostolischen Kirche. Ob ein Zusammenhang besteht, ist noch unklar.

Deutschland: EAD-Forum veröffentlicht „12 Thesen zu Migration und Asyl“

Das Asylverfahren muss „klarer, schneller und schlanker werden“

Bad Blankenburg (IDEA) – Ein Gremium der Evangelischen Allianz in Deutschland (EAD) hat sich in der Migrationsdebatte zu Wort gemeldet. Ihr Forum „AMIN aktiv.miteinander.interkulturell“ veröffentlichte „12 Thesen zu Migration und Asyl“. Auf der [EAD-Webseite](#) heißt es dazu: „Mit großer Sorge nehmen wir den schleichenden Prozess wahr, der unser Land mehr zu bedenklichen Positionen treibt. Flüchtlinge werden pauschal als Gefahr gebrandmarkt, und die einzige Lösung, um sich vor schrecklichen Anschlägen zu schützen, sieht man darin, ‚die Grenzen ganz dicht‘ zu machen.“ Christen, die sich bisher in der Arbeit mit Geflüchteten engagiert hätten, stünden vor einem Dilemma: „Sollen sie sich weiterhin für Geflüchtete einsetzen? Oder ist es geboten, im Blick auf die Sicherheit unserer Gesellschaft sich für eine restriktive Migrationspolitik einzusetzen?“ In den Thesen heißt es, Asyl sei ein kostbares Gut. „Menschen, die wirklich vor Krieg, Verfolgung und Naturkatastrophen fliehen, sollten wir weiter aufnehmen.“ Das Asylverfahren sei jedoch viel zu kompliziert, langwierig und inkonsequent: „Es muss klarer, schneller und schlanker werden.“ Dem Papier zufolge hat es Migration schon immer gegeben: „Menschen ziehen aus Not oder Hoffnung auf ein besseres Leben um. Fast alle biblischen Personen seien Geflüchtete gewesen, etwa Noah, Abraham, Mose, David und Jesus. „Millionen Deutsche zogen ins Ausland, andere kamen in unser Land, und unsere Kultur wurde dabei immens bereichert.“

Leistungsgrenzen anerkennen

Den Thesen zufolge braucht Migration aber eine realistische Steuerung: „Wir müssen die Leistungsgrenzen unserer Gesellschaft anerkennen und Schwerpunkte setzen, statt idealistische Forderungen zu stellen.“ Das Forum fordert, den Zuzug von Beschäftigten zu regulieren und Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, besonders in Bereichen mit Fachkräftemangel. Dazu brauche es unbürokratische und schnelle Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse sowie zweckmäßige Angebote zur sprachlichen und beruflichen Weiterbildung. Auf europäischer Ebene seien faire Regelungen notwendig. Kein Staat dürfe überfordert werden. daher müssten europäische Migrationsabkommen in einem gemeinsamen europäischen Prozess überarbeitet werden. Wie es in den Thesen weiter heißt, sind die Grundwerte der Gesellschaft nicht verhandelbar. „Gewalt, Antisemitismus und Rassismus haben hier keinen Platz.“ Im Blick auf Christen anderer Herkunft und Sprache heißt es: „Sie bereichern unser Gemeindeleben und unsere Theologie.“ Sie verstünden sich als integraler Teil der Gesellschaft. Vorsitzender des Forums ist der frühere Missionsdirektor des Hilfs- und Missionswerks DMG interpersonal, Detlef Blöcher (Angelbachtal/Nordbaden). Er war auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (AEM).

Deutschland: Kirchenleiter erschüttert über Anschlag

München: Afghanischer Asylbewerber soll mit Auto in Menschenmenge gerast sein

München (IDEA) – Kirchenleiter zeigen sich nach dem mutmaßlichen Anschlag in München entsetzt. Gegen 10.30 Uhr war ein Mann mit einem Auto in eine Gruppe von mehreren Menschen gefahren. Zu diesem Zeitpunkt fand dort laut Polizei eine Demonstration der Gewerkschaft ver.di statt. Mindestens 28 Menschen wurden nach Angaben der Feuerwehr verletzt. Darunter seien auch Schwer- und Schwerstverletzte. Auch Kinder sollen unter den Verletzten sein. Lebensgefahr sei bei einigen Menschen nicht auszuschließen. Bei dem Fahrer handelt es sich laut Polizei um einen 24 Jahre alten abgelehnten Asylbewerber aus Afghanistan. Der Mann sei gefasst und festgenommen worden. Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischöfin Kirsten Fehrs (Hamburg), und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing (Limburg), erklärten in einer gemeinsamen Pressemitteilung: „Das furchtbare Verbrechen, das heute in München verübt wurde, erschüttert uns zutiefst. Bei einer friedlichen Demonstration sind Menschen auf grausame Art verletzt und so aus ihrem Leben gerissen worden.“ Ihre Gedanken und Gebete seien bei den Opfern und deren Angehörigen sowie bei den Seelsorgern und Einsatzkräften vor Ort. „Wir bringen unsere Klage über das Leid der Menschen, die von dieser abgründigen Gewalt betroffen sind, gemeinsam vor Gott und bitten um Hoffnung und Trost“, so Fehrs und Bätzing.

„Unfassbar, was Menschen anderen Menschen antun können“

Auch Verantwortliche in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern äußerten ihre „tiefe Bestürzung“. In einer gemeinsamen Stellungnahme von Landesbischof Christian Kopp, Thomas Prieto Peral, Regionalbischof im Kirchenkreis München und Oberbayern, und Bernhard Liess, Stadtdekan in der Region München, heißt es, es sei unfassbar, was Menschen anderen Menschen antun könnten. „Wir beten für alle Verletzten und Schwerverletzten, dass sie wieder gesund werden. Wir danken von Herzen den Einsatzkräften, die sofort geholfen haben, und all den Menschen, die spontan Trost und Hilfe gaben. Unsere Notfall-Seelsorge war vor Ort und arbeitet weiter.“ Der Pastor der Münchner Freikirche „International Christian Fellowship“ (ICF), Tobias Teichen, veröffentlichte auf dem Sozialen Netzwerk Instagram einen Gebetsaufruf. Teichen schrieb: „Heute ist ein schwerer Tag für unsere Stadt München und für Deutschland. Lasst uns jetzt gemeinsam beten – für die Verletzten, ihre Familien, alle Einsatzkräfte und für unsere Stadt.“

Islamistisches Motiv?

Der mutmaßliche Täter soll Ende 2016 als unbegleiteter Minderjähriger nach Deutschland gekommen und von einer Jugendhilfe-Einrichtung in Obhut genommen worden sein, wie die Nachrichtenagentur dpa berichtet. Sein Asylantrag soll abgelehnt worden sein, seit 2020 sei er ausreisepflichtig gewesen. Zuletzt lebte er im Stadtteil Laim in München. Wie die Tagesschau berichtet, verdichten sich Hinweise auf einen extremistischen Hintergrund des Verdächtigen. So soll er vor der Tat einen mutmaßlich islamistischen Post abgesetzt haben. Nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa hatte er einen entsprechenden Inhalt in sozialen Netzwerken geteilt. Auch der Spiegel berichtete von mutmaßlich islamistischen Beiträgen.

Deutschland: Paragraf 218 - Theologisch Konservative kritisieren Rat der EKD

Zahlreiche Vereinigungen lehnen den Kurs des Gremiums öffentlich ab

Hannover/Berlin/Sachsenheim (IDEA) – Mehrere theologisch konservative Vereinigungen haben scharfe Kritik an der Haltung des EKD-Rats zu Abtreibungen geübt. Anlass ist eine Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestags. Er befasst sich am 10. Februar mit dem [Gesetzentwurf](#) zur Streichung von Paragraf 218 des Strafgesetzbuches. Nach dem Entwurf der Abgeordneten soll Abtreibung künftig nicht mehr im Strafgesetzbuch, sondern in einem Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt werden. Die Kindstötungen sollen bis zur zwölften Woche nach der Empfängnis als rechtmäßig gelten. Die Beratungspflicht soll bestehen bleiben, aber die Frist zwischen Beratung und Durchführung der Abtreibung (derzeit drei Tage) entfallen. Der Rat der EKD hatte im Dezember [erklärt](#), dass er den Entwurf für „weitgehend zustimmungsfähig“ halte.

Mehrere Vereinigungen schließen sich zusammen

Die Bekenntnisbewegung „[Kein anderes Evangelium](#)“ (Sachsenheim) hat nun eine [Stellungnahme](#) verfasst, die dem Rat der EKD vorwirft, sich vom Christentum, dem Recht und der Menschlichkeit zu verabschieden. Der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA liegen die Mitteilungen mehrerer theologisch konservativer Vereinigungen vor, die sich der Erklärung angeschlossen haben. Dazu gehören der [Gemeindehilfsbund](#) (Walsrode), die [Internationale Konferenz Bekenntender Gemeinschaften](#) (IKBG/Stralsund) und die Konferenz Bekenntender Gemeinschaften in den Evangelischen Kirchen Deutschlands (Hamburg), die [Kirchlichen Sammlungen um Bibel und Bekenntnis](#) in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Hamburg) und in Bayern (Windsbach/Mittelfranken) sowie der [Lutherische Konvent](#) im Rheinland (Brühl bei Köln). Weitere Netzwerke äußerten, dass sie die Kritik in der Sache teilen. Dazu gehört die [Sächsische Bekenntnis-Initiative](#) (Ehrenfriedersdorf/Erzgebirge), die bereits eine eigene [Stellungnahme](#) veröffentlicht hat, der sich sowohl die württembergische Pfarrererbeitsgemeinschaft [Confessio](#) als auch der Gemeindehilfsbund angeschlossen haben. Auch der Vorsitzende des [Netzwerks Bibel und Bekenntnis](#), Pfarrer Ulrich Parzany (Kassel), verweist in diesem Zusammenhang auf eine von ihm publizierte [Erklärung](#).

„Rückfall in die Barbarei finsterner Zeiten“

Der Rat der EKD bezeichnet in seiner Stellungnahme den „Anspruch des Ungeborenen, geboren zu werden, als „gleichberechtigt“ mit dem Anspruch der Schwangeren an das eigene Leben. Damit habe, so die Bekenntnisbewegung, aus Sicht der EKD die Lebensplanung eines Menschen den gleichen Rang wie das Lebensrecht eines anderen Menschen. Doch wenn das Lebensrecht eines Menschen anderen Ansprüchen untergeordnet werde, sei jeder Rechtsordnung die Grundlage entzogen. Da das Recht auf Leben die Voraussetzung für jedes andere Recht sei, laufe eine solche Regelung auf das Recht des Stärkeren hinaus. Die Schutzfunktion des Rechts für denjenigen, der sein Recht nicht selber durchsetzen könne, werde aufgehoben. Sie reduziere sich damit auf eine Beratungsfunktion für den Stärkeren, der dann selbst entscheiden dürfe, welchen Wert er dem Leben des Schwächeren im Vergleich mit seinen eigenen Ansprüchen an das Leben zubillige. Dabei handle es sich um die Aufhebung des Rechtsstaates und den „Rückfall in die Barbarei finsterner Zeiten“.

Bekenntnisbewegung: Dann hört die EKD auf, Kirche zu sein

Die Bekenntnisbewegung kritisiert zudem, dass sich die EKD nicht von theologischen Einsichten, sondern von gesellschaftlichen und medizinischen Veränderungen habe nötigen lassen, ihr ethisches Urteil anzupassen. Die Stellungnahme gründe damit auf Voraussetzungen, „bei deren Geltung die Kirche nach allen in den Kirchen der EKD geltenden Bekenntnissen aufhört, Kirche zu sein“. Die Verantwortung für das ungeborene Kind sei außerdem nicht nur eine religiöse Verpflichtung für gläubige Christen, sondern gehöre strafbewehrt in das staatliche Recht zum Schutz der schwangeren Frauen und der ungeborenen Kinder.

EKD-Synodaler: „Theologisch nicht ausgewogen“

Zuvor hatte unter anderen der Sprecher der theologisch konservativ orientierten synodalen Arbeitsgruppe „Lebendige Kirche“ in der EKD-Synode, Pfarrer Friedemann Kuttler (Großbottwar bei Ludwigsburg), die Stellungnahme gegenüber IDEA [kritisiert](#). Er halte das Papier für „theologisch nicht ausgewogen“. Der Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes, Pfarrer Steffen Kern (Walldorfhäslach bei Reutlingen), betonte in einem [Kommentar](#) für IDEA, dass das vorliegende Papier keinen evangelischen Konsens beschreibe: „Es gibt ihn nicht, wenn es konkret wird.“ Kern ist selbst Mitglied der Arbeitsgruppe „Debatte um Paragraph 218 StGB“ aus dem EKD-Kammernetzwerk. Darüber hinaus distanzierte sich auch der religionspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das EKD-Ratsmitglied Thomas Rachel (Düren), von dem Positionspapier.

Deutschland: Pfarrer bei Raubüberfall verletzt

Kassel: Der mutmaßliche Täter wurde wenig später festgenommen

Kassel (IDEA) – Ein Pfarrer in Kassel ist überfallen, niedergeschlagen und beraubt worden. Wie die Polizei mitteilte, klingelte der Täter an der Tür des Pfarrhauses. Als der 56-jährige Geistliche öffnete, forderte der Mann Geld, sprühte ihm Pfefferspray ins Gesicht und schlug ihm mit einem unbekanntem Gegenstand gegen den Kopf. Nachdem der Pfarrer zu Boden gegangen war, übergab er dem Angreifer 200 Euro, woraufhin dieser die Flucht ergriff. Das Opfer alarmierte die Polizei, die eine Fahndung einleitete. Sie konnte den mutmaßlichen Täter aufgrund der Personenbeschreibung eine Stunde später fassen. Eine Polizeistreife entdeckte den polizeibekanntem 38-Jährigen in einer fahrenden Straßenbahn. Beim Erblicken der Polizei floh der Mann aus der Bahn und versteckte sich in einem Gebüsch, wo die Beamten ihn fanden und trotz heftiger Gegenwehr festnehmen konnten. Bei ihm wurde u.a. Bargeld gefunden, das vermutlich aus dem Raub stammt. Da der mutmaßliche Täter keinen festen Wohnsitz hat, wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen. Der Pfarrer erlitt bei der Tat Verletzungen. Er wurde von Rettungskräften in ein Krankenhaus gebracht.

Gaza/Israel: Hamas setzt Geisel-Freilassung aus

Fortbestand der Waffenruhe unklar

GAZA / JERUSALEM (inn)- Von Israelnetz – Die Hamas hat die für Samstag geplante Geisel-Freilassung auf unbestimmte Zeit verschoben. Das teilte sie am Montag mit. Als Grund nannte die Terrorgruppe eine angebliche Verletzung der Waffenruhe durch Israel. So sollen israelische Soldaten an mehreren Orten auf Palästinenser geschossen haben. Zudem soll Israel die Rückkehr der Palästinenser in den nördlichen Gazastreifen verzögert und die Einfuhr von Hilfsgütern behindert haben.

Der israelische Regierungssprecher David Mencer wies die Vorwürfe umgehend zurück. Und auch Verteidigungsminister Israel Katz (Likud) zeigte dafür kein Verständnis. Er bezeichnete die Ankündigung der Hamas als gravierenden Verstoß gegen die Vereinbarung zur Freilassung der Geiseln. Klar ist allerdings, dass israelische Soldaten am Sonntag das Feuer auf eine Gruppe Palästinenser eröffnet hatte. Nach israelischen Angaben habe sich die Gruppe nur wenige hundert Meter einer Pufferzone im nördlichen Gazastreifen genähert. Daraufhin hätten die Israelis Warnschüsse abgegeben.

US-Präsident Donald Trump (Republikaner) bezeichnete die Entscheidung der Hamas als „schrecklich“ und drohte: Sollten nicht alle Geiseln aus dem Gazastreifen freikommen, werde die „Hölle“ losbrechen. Als Frist nannte er Samstagmittag. Sollte dies nicht geschehen, empfehle er Israel, die seit 19. Januar geltende Waffenruhe aufzukündigen. Die Entscheidung liege allerdings bei Israel. Er spreche nur für sich.

Welche konkreten Konsequenzen der Hamas drohen, ließ Trump offen, US-Truppen schloss er aber nicht aus. „Die Hamas wird herausfinden, was ich meine“, sagte er auf Nachfrage von Journalisten.

Älteste israelische Geisel ist tot

Die USA, Ägypten und Katar hatten eine Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas vermittelt. Diese trat am 19. Januar in Kraft. Die Hamas sollte 33 Geiseln freilassen. Im Gegenzug verpflichtete Israel sich, rund 1.900 palästinensische Häftlinge aus israelischer Haft zu entlassen. Am kommenden Samstag sollte die fünfte Austausch-Runde stattfinden. Aktuell befinden sich noch 73 Israelis in Geiselhaft. Nach israelischen Angaben könnten 34 von ihnen tot sein.

Wie israelische Medien am Dienstag berichten, soll unter den Toten auch Schlomo Manzur sein. Der 86-Jährige ist die älteste Geisel. In einer Erklärung heißt es: „Schweren Herzens haben wir Kibbuz-Mitglieder heute Morgen die Nachricht von der Ermordung unseres lieben Freundes Schlomo Manzur in der Gefangenschaft der Hamas erhalten.“ Demnach wurde er bereits am 7. Oktober 2023 von Terroristen ermordet.

Israels Premier Benjamin Netanjahu (Likud) drückte ebenfalls seine Trauer aus und teilte mit, „weiter entschlossen“ zu handeln, um alle Geiseln, „die lebenden und die toten“ zurückzubringen. Das verlangen auch die Familien der Geiseln. In einer Erklärung heißt es: „Wir fordern die Aufrechterhaltung der Bedingungen“, um eine „erfolgreiche Fortsetzung des Abkommens und die sichere Rückkehr“ zu gewährleisten.

Am Dienstag forderte UN-Generalsekretär António Guterres die Hamas auf, mit der geplanten Freilassung der Geiseln fortzufahren. Es müsse um jeden Preis verhindert werden, dass es wieder zu „Feindseligkeiten“ kommt. Israels weiteres Vorgehen ist am Dienstagmittag noch unklar. Das Sicherheitskabinett hat sich jedoch zu Beratungen getroffen. (mas)

Indonesien: Verbotene islamische Organisation HTI taucht wieder auf

International Christian Concern - Hizbut Tahrir Indonesia (HTI), eine islamistische Organisation, die im Juli 2017 von der Regierung aufgelöst wurde, ist wieder aufgetaucht und fordert die Regierung mit einer wachsenden Präsenz in mehreren Regionen heraus.

In Yogyakarta, Surabaya und Palembang wurden mehrere HTI-Fahnen gehisst und Flugblätter mit Aufrufen zur Errichtung eines islamischen Staates mit einem Kalifatssystem verteilt.

Der Generalsekretär der Zentralen Führung der Ansor-Jugendbewegung (GP Ansor) Ahmad Rifiqi Elmoe, bekannt als Gus Rifiqi, kritisierte kürzlich die zunehmend offenen Aktivitäten der HTI.

Die GP Ansor, eine Jugendorganisation unter der Schirmherrschaft der Nahdlatul Ulama (NU), ist in den Bereichen Jugend, Gesellschaft, Nationalität und Religion aktiv. Rifiqi hob hervor, dass die HTI wieder einmal die Ideologie des Kalifats offen zum Ausdruck gebracht hat, indem sie das Thema Palästina als Propagandainstrument missbrauchte.

„Wir bedauern, dass die Polizei diese Aktion genehmigt hat, denn sie könnte die Keimzelle für die Wiederbelebung der Kalifatsbewegung sein, die von der vorherigen Regierung verboten wurde“, sagte Rifiqi. „Deshalb fordern wir die Öffentlichkeit auf, stets wachsam zu sein gegenüber allen Formen von Aktionen, die die Ideologie der Pancasila und die Integrität der Republik Indonesien untergraben könnten.“

Die Regierung hat die HTI über das Ministerium für Recht und Menschenrechte aufgelöst, weil sie der Pancasila, der Verfassung von 1945, widerspricht und die Integrität der Republik Indonesien bedroht.

Die GP Ansor East Java erinnerte auch alle Teile der Gesellschaft daran, wachsam gegenüber Gruppen zu sein, die versuchen, Ideologien zu fördern, die der Pancasila widersprechen. Darüber hinaus forderte die GP Ansor die Strafverfolgungsbehörden auf, sich strikt an die geltenden Gesetze zu halten, um Unruhen in der Gesellschaft zu verhindern.

Indonesien ist mit seinem Verbot der Aktivitäten von HTI nicht allein. Mindestens 20 Länder haben HTI die Ausbreitung in ihren Ländern aus verschiedenen Gründen untersagt, die von einer Bedrohung der staatlichen Souveränität über die Beteiligung an Putschen bis hin zur Beteiligung an terroristischen Handlungen reichen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Iran: Berufungsantrag gegen Todesurteil abgelehnt

(IGFM) Die Hinrichtung der kurdischen Aktivistin Pakhshan Azizi droht unmittelbar! Pakhshan Azizi war bei einer Hilfsorganisation tätig und half zwischen 2014 und 2022 vielen Frauen und Mädchen, die von der Terrormiliz „Islamischer Staat“ vertrieben worden waren und sich in Lagern im Nordosten Syriens und in der irakischen Region Kurdistan aufhielten. Der Oberste Gerichtshof des Iran hat den Berufungsantrag gegen das Todesurteil von Pakhshan Azizi am 6. Februar 2025 abgelehnt. Sie kann jeden Moment hingerichtet werden. Gegenwärtig befinden sich 54 politische Gefangene und Sicherheitsgefangene in akuter Gefahr, hingerichtet zu werden, berichtet IGFM.

Israel: Anschlag auf Bus vereitelt

Fatah-Hamas-Terrorzelle

(Von Israelnetz vom 7. Februar 2025) Israelische Sicherheitskräfte haben einen Bombenanschlag auf einen Bus in Jerusalem vereitelt. Das teilten der Inlandsgeheimdienst Schabak und die Armee am Donnerstag mit. Die Mitglieder einer fünfköpfigen Terrorzelle wurden demnach im November und Dezember festgenommen. Es handelt sich um Terroristen von Fatah und Hamas aus dem Raum Ramallah. Sie wollten einen Sprengsatz nach Israel schleusen und in einem Bus fernzünden. Mehrere Festgenommene waren zudem im vergangenen Jahr an Schussangriffen auf Soldaten beteiligt. (eh)

Israel: Trotz Verbot - UNRWA praktiziert weiter

(Von Israelnetz vom 12. Februar 2025) Ende Januar sind zwei von der Knesset verabschiedete Gesetze [inkraft getreten](#). Demnach muss das Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge [UNRWA](#) seine Aktivitäten innerhalb Israels einstellen. Außerdem verbietet es israelischen Behörden, Beziehungen zu UNRWA zu unterhalten. Bisher operiert die Organisation allerdings weiter, lediglich die Visa von 25 internationalen Mitarbeitern wurden abgelehnt. Grund für die Gesetze waren Nachweise für die Verstrickung in Terrorismus. Aus dem gleichen Grund hatte vergangene Woche auch die [italienische Regierung](#) ihre Zusammenarbeit mit UNRWA beendet. (mh)

Kenia: Ein Evangelist erzählt

Es kommen fast täglich Menschen zu Christus. In einem Bezirk habe ich drei Gemeinden eröffnet, und für nächste Woche habe ich 20 Pastoren und 23 Evangelisten eingeladen, an der Lehre teilzunehmen, die ich aus „Mein Dienst wächst jeden Tag, und die Menschen sind Ihr Buch Let the Bible Speak for Itself“ halten werde. Diese Bücher sind wie Gold in den Händen derer, die sie bekommen. Jeder Karton kann dazu beitragen, eine ganze Gemeinde zu Christus zu bekehren, da die Gemeinde gestärkt wird, das Evangelium mit dem richtigen Wissen zu verbreiten. Vielen Dank und bitte setzen Sie uns auf Ihre Liste für Bücher und Bibeln.

Bridgeway, aus Bridgeway Publications vom 15 January 2025 übersetzt und bearbeitet von AKREF

Myanmar: Katholische Kirche in Chin bei Luftangriff der birmanischen Armee beschädigt

Mindat (Fides) - Die birmanische Armee bei einem Luftangriff die katholische Herz-Jesu-Kirche in Mindat, einer Ortschaft im Staat Chin im Nordwesten Birmas beschädigt. Es handelt sich um die Kirche, die als Kathedrale der neu gegründeten Diözese Mindat ausgewählt worden war, die Papst Franziskus am vergangenen 25. Januar auf einem Teilgebiet der Diözese Hakha errichtet hatte. Wie Beobachter aus dem Chin dem Fidesdienst berichten, war das Gebiet von Mindat in den letzten Monaten von Zusammenstößen zwischen den „Chinland Defence Force“ (CDF) und der myanmarischen Armee betroffen. Bei den lokalen Kräften handelt es sich um die Milizen, die sich im Bundesstaat Chin in Opposition zur Militärjunta gebildet haben. Nach monatelangen Kämpfen hatten die lokalen Milizen die Kontrolle über das Gebiet übernommen es im Januar in einer offiziellen Erklärung zur „befreiten Zone“ erklär. In den verschiedenen Bundesstaaten und insbesondere in den Grenzgebieten haben sich oppositionelle Kräfte mit den historischen ethnischen Milizen zusammengeschlossen, den bereits bestehenden Armeen, die bereits seit Jahrzehnten Autonomie fordern und gegen die Zentralregierung kämpfen. Die neue Kathedrale wurde am 6. Februar - wie erst jetzt bekannt wurde - aus der Luft bombardiert. Mehrere Bomben beschädigten das Dach und die Glasfenster und machten sie unbegebar. Es gab keine Verletzten, da die Priester und Gläubigen das Gebiet aufgrund der schlechten Sicherheitslage und der anhaltenden Kämpfe bereits verlassen hatten. Aber noch in den letzten Tagen hatten die örtlichen Priester Inspektionen durchgeführt und über die Organisation der nächsten liturgischen Feiern zur Weihe des neu ernannten Bischofs, Pater Augustine Thang Zawm Hung, bisher Pfarrvikar in der Herz-Jesu-Kirche in Mindat, gesprochen.

Der Schaden an der Kirche hat bei den Gläubigen einen bitteren Beigeschmack hinterlassen. Sie wollen sich jedoch nicht entmutigen lassen, sondern das Dach der Kirche reparieren, den Gottesdienstraum von den Trümmern befreien und alle Schäden beseitigen. Wie der Gemeindepfarrer Paulinus sagt dazu wörtlich, „sind wir sehr traurig, weil unsere Kirche von Bomben getroffen wurde. Das ist eine Wunde in unserem Herzen. Aber wir werden uns davon nicht unterkriegen lassen. Wir werden sie wiederaufbauen. Und wir sind sicher, dass der Herr uns mit seiner Gnade und seinem Segen 'bombardieren' wird: Das wird unserem Volk Frieden und Wohlstand bringen“.

In der Diözese Mindat, die im südlichen Teil des Staates Chin liegt, leben bei einer Bevölkerung von etwa 360.000 Einwohnern rund 15.000 Katholiken. Die Mehrheit der Bevölkerung gehört anderen christlichen Konfessionen an. Die Diözese hat insgesamt 23 Pfarreien und 48 Diözesanpriester, drei Ordenspriester und 21 Ordensschwestern sowie 40 Seminaristen das Kleinen Seminar besuchen und sieben Seminaristen im Priesterseminar studieren.

Während die katholischen Gläubigen in Chin unangenehme und schmerzhaft Vorfälle wie diesen erleben, fand in der Erzdiözese Yangon am diesem Sonntag (9. Februar) anlässlich des Festes Unserer Lieben Frau von Lourdes eine besondere Jubiläums-Wallfahrt zum Marienheiligtum in Nyaungbelin in der Region Bago statt. Über dreitausend Gläubige nahmen an der Wallfahrt teil und brachten ihre Hoffnung auf Frieden zum Ausdruck, indem sich der Jungfrau Maria anvertrauten. „Bischöfe, Priester und Ordensleute, katholische Gläubige, vereint mit Buddhisten, Muslimen und Hindus, beteten zu Unserer Lieben Frau von Lourdes für den Frieden in Myanmar und in der Welt“, heißt es in einer Mitteilung der Diözese. (PA) (Fides 10/2/2025)

Nigeria: Christen rufen inmitten wachsender Spannungen zu Einigkeit und Unterstützung auf

International Christian Concern - Am Gedenktag der Streitkräfte, dem 15. Januar, erklärte Chief Daniel Chega, der Oberste Herrscher des Miango-Distrikts im nigerianischen Bundesstaat Plateau, dass er aktiv an der Verbesserung der Sicherheit für die christliche Gemeinschaft in der Region arbeite.

In einem Gespräch mit International Christian Concern (ICC) betonte Chief Chega die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaft nach dem tragischen Vorfall von Adamu Agash, einem engagierten örtlichen Bürgerwehler, der von mutmaßlichen Fulani-Extremisten getötet wurde, als er sich um seine Farm im Dorf Nzharivo kümmerte. Der Angriff erfolgte trotz der Anwesenheit nigerianischer Soldaten in diesem Gebiet.

Der Angriff, bei dem auch drei Landwirte verletzt wurden, hat den Ruf nach Gerechtigkeit und verbesserten Sicherheitsmaßnahmen laut werden lassen. Bei einer friedlichen Demonstration, die kürzlich von Frauen aus Rigwe angeführt wurde, brachten die Teilnehmer, darunter auch ältere Frauen, ihre gemeinsame Entschlossenheit zum Ausdruck, positive Veränderungen anzustreben und sich für ein sichereres Umfeld für alle einzusetzen. Die Demonstranten beklagten die Untätigkeit der Soldaten und forderten den Abzug sowohl der Fulani-Hirten als auch des Militärs aus ihren Gemeinden. Die Demonstration wurde jedoch mit Tränengas angegriffen, und einige Frauen, darunter eine schwangere Teilnehmerin, wurden Berichten zufolge misshandelt.

In einer Behelfsklinik in Nzharivo berichtete der 30-jährige Bauer Zibe Joseph von einem Angriff von fünf mit Macheten bewaffneten Angreifern auf seinen Hof. Nach Angaben des Klinikleiters Danjuma Audu hat die Einrichtung seit 2020 mehr als 20 Gewaltopfer behandelt, obwohl es an Medikamenten mangelt.

Das Rigwe-Häuptlingstum, das sich über Plateau und Süd-Kaduna erstreckt, ist seit 2016 ständigen Angriffen ausgesetzt, bei denen mehr als 2.000 Bewohner getötet wurden. Von der Gewalt sind unverhältnismäßig viele christliche Bauergemeinschaften betroffen, darunter auch die christliche Minderheit der Fulani-Stämme.

Gemeindeleiter kritisierten die Reaktion des Militärs auf die Gewalt. Seine Königliche Hoheit Rev. Ronku Aka (Rtd) verurteilte die Operation Safe Haven (OPSH), eine militärische Einsatztruppe, wegen vermeintlicher Voreingenommenheit und hob die rasche Verhaftung von Rigwe-Personen hervor, während Hirten, die an der Zerstörung von Farmen und gewalttätigen Angriffen beteiligt waren, straffrei davorkamen. Ronku Aka forderte den Gouverneur des Bundesstaates Plateau, Caleb Mutfwang, auf, für Gerechtigkeit zu sorgen, und forderte die Freilassung der inhaftierten Rigwe-Personen, um unparteiische Untersuchungen zu ermöglichen.

Der Menschenrechtsaktivist Gata Moses fügte hinzu: „Das Militär hat wenig getan, um das Vertrauen der Gemeinschaft zu gewinnen, und hat stattdessen Nachlässigkeit und Missbrauch fortgesetzt.“ Er betonte die Notwendigkeit, das Friedensabkommen von 2022 einzuhalten und den Dialog zu fördern, um die regionale Stabilität wiederherzustellen.

Während das Volk von Rigwe den Verlust von Herrn Agash betrauert, mahnen die Führer der Gemeinschaft zu Ruhe und Widerstandsfähigkeit, während sie gleichzeitig zu entschlossenem Handeln aufrufen, um die eskalierende Gewalt zu bekämpfen.

„Gerechtigkeit ist für mein Volk nicht verhandelbar“, erklärte Ronku Aka und betonte die Bedeutung der Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens im Chieftdom Rigwe.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Nigeria: Katholischer Priester entführt

Abuja (Fides) - Ein katholischer Priester wurde am Morgen des gestrigen 6. Februar entführt. Es handelt sich um Pfarrer Cornellus Manzak Damulak, der an der „Veritas University“ in der Bundeshauptstadt Abuja studiert.

Nach Angaben der Diözese Shendam, der der Priester angehört, „wurde Pfarrer Damulak in den frühen Morgenstunden des 6. Februar in seiner Wohnung im Stadtteil Zuma 2 im Bwari Area Council des Hauptstadtdistrikts verschleppt“.

„Wir rufen alle Christusgläubigen und alle Menschen guten Willens auf, für seine rasche und sichere Freilassung aus den Händen seiner Entführer zu beten. Wir vertrauen unseren Bruder, Pfarrer Cornelius Manzak Damulak, der mütterlichen Fürsprache der seligen Jungfrau Maria, unserer Mutter, und aller Heiligen an, dass sie ihm Kraft schenken und ihn wieder zu uns zurückbringen“, heißt es in der Mitteilung der Diözese abschließend.

Die Diözese Shendam ist der Diözese Jos im Bundesstaat Plateau (Zentralnigeria) als Suffraganbistum unterstellt.

Die Region Bwari, in der der Priester entführt wurde, ist eine der am stärksten von Entführungen betroffenen Regionen.

Viele Bewohner der Gegend, vor allem Bauern, wurden entführt, und für ihre Freilassung wurden hohe Geldsummen gefordert.

Auch die Art und Weise, wie der Priester entführt wurde, nämlich durch Banditen, die ihn in seiner Wohnung überfielen, ist nicht neu. Ende Januar wurde eine ganze Familie von mit Kalaschnikows bewaffneten Banditen entführt, die in ihr Haus in Chikakore, einer Stadt am Rande von Kubwa (ebenfalls in der Region Bwari), etwa 30 Kilometer vom Zentrum von Abuja entfernt, eindrangen.

(L.M.) (Fides 7/2/2025)

Nigeria: Männer vergewaltigen minderjähriges christliches Mädchen

5 muslimische Männer wegen Vergewaltigung eines 10-jährigen christlichen Mädchens zu lebenslanger Haft verurteilt

International Christian Concern - Fünf muslimische Männer wurden im Dezember 2024 zu lebenslanger Haft für die Vergewaltigung eines 10-jährigen Mädchens aus einer christlichen Familie in Nigeria verurteilt.

Die Männer überfielen das Mädchen im September 2024 im nordnigerianischen Bundesstaat Kaduna. Die fünf Männer im Alter von 21 bis 25 Jahren sind alle über einen gemeinsamen Vater miteinander verwandt.

Abishag Sambo, ein langjähriger christlicher Fürsprecher in Nigeria, war der Anwalt des Mädchens. In einem Interview mit International Christian Concern (ICC) erläuterte Sambo die Einzelheiten des Falles und den bedrohlichen Zustand, in dem sich christliche Frauen und Mädchen in Nigeria befinden.

„Im Fall von Mary war sie, als dies ... geschah, misshandelt [und] verwundet“, erklärte Sambo. „Sie verbrachte zwei Monate im Krankenhaus.“

„Das kleine Mädchen war in einem schlimmen Zustand. Sie war wochenlang bewusstlos, bevor Gott uns auf wundersame Weise Erbarmen zeigte.“

Sambo hat die Familie des Kindes dabei unterstützt, die Kosten für die Behandlung des Mädchens zu erhalten, und sie betet weiterhin für das Mädchen.

„Die Absicht [gewisser muslimischer Extremisten] ist es, christliche Mädchen zu entführen, um die Christen zur Vergeltung zu provozieren und einen Krieg auszulösen. Und sie tun dies, weil sie nicht wollen, dass Christen im Norden leben“, erklärte Sambo. „Sie tun dies, weil sie das soziale Stigma kennen, das mit einer Vergewaltigung verbunden ist. Wenn sie das also tun, wissen sie, dass es auch eine Art Schande für das Mädchen bedeutet. [Vergewaltigung wird normalerweise so durchgeführt, dass sie die christlichen Mädchen zerstören wollen. Es wird auch als schreckliche Bestrafung eingesetzt.“

In vielen Teilen der Welt werden Vergewaltigung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen eingesetzt, um Christen zu verfolgen und als eine Form der Bestrafung für diejenigen, die ihren Glauben auf Jesus Christus gesetzt haben. Dies ist leider nicht nur in Teilen Nigerias der Fall, sondern auch in Gebieten Ägyptens, Indiens, Pakistans und in anderen Teilen der Welt.

In einem Bericht von Kirche in Not aus dem Jahr 2022 sprach die amerikanische Menschenrechtsexpertin und Professorin an der Elliot School of International Affairs in Washington, Michele Clark, über sexuelle Gewalt gegen christliche Frauen in Ägypten.

„Das ist leider kein neues Phänomen“, so Clark. „Aber die Angriffe auf christliche Frauen haben zugenommen. Und ja, es hat etwas mit der Religion zu tun. Es gibt Hinweise darauf, dass diese Angriffe bis ins kleinste Detail geplant sind.“

Sambo erklärte, dass der Körper von Mary aufgrund der extremen Gewalttätigkeit des Angriffs möglicherweise nie wieder voll funktionsfähig sein wird.

„Das junge Mädchen, so wurde uns gesagt, wird aus medizinischer Sicht vielleicht nie wieder normal sein“, sagte Sambo, „aber wir vertrauen auf einen wunderbaren Gott, der das Unmögliche möglich macht.“

*Der Name des Mädchens wurde zum Schutz ihrer Privatsphäre geändert.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Nigeria: Mutmaßliche Fulani-Islamisten töten mindestens 15 Christen

IIRF-D/BA/Tübingen/13.02.25 - Mindestens 15 Bewohner [dreier christlicher Dörfer](#) im Bundesstaat Ebonyi im Südosten Nigerias wurden am Sonntag, dem 2. Februar, bei einem Angriff von bewaffneten Männern getötet.

Mutmaßliche Fulani-Islamisten griffen am frühen Sonntagmorgen die Dörfer Amagu, Amaokwe und Umunesha in der Gemeinde Nkaleha im Ishielu Local Government Area an. Ersten Berichten zufolge wurden zehn Menschen getötet und mehrere Häuser niedergebrannt.

Die Leichen von fünf weiteren Dorfbewohnern, die versuchten, vom Tatort zu fliehen, wurden später im Busch geborgen. Es wird befürchtet, dass die Zahl der Todesopfer noch weiter steigen wird, da nach dem Vorfall noch weitere Bewohner vermisst werden.

„Wir bergen immer noch die Leichen der Opfer“, sagte der traditionelle Herrscher der Gemeinde Nkaleha, Igwe Thompson Ebe. „Die Zahl ist inzwischen auf 15 gestiegen, und wir suchen nach zwei weiteren.“

Die stellvertretende Gouverneurin des Bundesstaates Ebonyi, Prinzessin Patricia Obila, besuchte die Gemeinde am 4. Februar und forderte die Sicherheitskräfte des Bundesstaates auf, die Täter innerhalb von 24 Stunden zu finden und festzunehmen.

Am 5. Februar gab die Polizei eine [Erklärung ab](#), in der sie behauptete, einen der Täter namens Maduabuchi Chimaobi Ebeh bei einem Fluchtversuch festgenommen zu haben. Der Verdächtige konnte die Polizei zum Versteck der bewaffneten Männer führen, wo Waffen sichergestellt wurden, während die anderen Täter entkommen konnten.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/suspected-fulani-islamists-kill-at-least-15-christians-in-ebonyi-nigeria/>

Österreich: Urteil gegen Amokfahrer

Er war im Juli 2024 in eine Pfingstkirche gefahren

Wien (IDEA) – Der Amokfahrer, der 2024 in eine Pfingstkirche in Brunn am Gebirge (Bezirk Wien) gefahren war

www.idea.de/artikel/oesterreich-lkw-fahrer-faehrt-aus-wut-mehrfach-in-pfingstkirche, soll für sechs Jahre ins Gefängnis. Das hat ein Gericht in Wien entschieden. Es wies den 32-jährigen Rumänen außerdem in ein forensisch-therapeutisches Zentrum ein. Im Prozess hatte ein Gutachter ihm eine Persönlichkeitsstörung bescheinigt, ihn aber dennoch für zurechnungsfähig erklärt. Der Mann, der seit 2020 in Österreich lebt, war im Juli 2024 mit einem 12 Tonnen schweren Lkw mehrfach in das Gebäude der rumänischen Elim-Gemeinde gefahren. Bei der anschließenden Verhaftung nannte er religiöse Gründe für seine Tat: Die Gemeinde habe sein Leben zerstört. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Anwalt des Mannes kündigte Berufung an. Sein Mandant habe sich zwar schuldig bekannt, sei aber mit dem Strafmaß nicht einverstanden.

Reges Interesse durch die Berichterstattung

Der Pastor der Pfingstkirche, Ruben Avram, äußerte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA Mitgefühl mit den Täter. Er habe vor Gericht für ein mildes Urteil plädiert, erklärte Avram. „Wir, die Gemeinde, haben ihm aus ganzem Herzen vergeben und sind daher gegen ihn auch gerichtlich nicht vorgegangen.“ Stattdessen habe man dem Mann ein Kontakt- und Seelsorgeangebot gemacht. Weiter sagte Avram, in den vergangenen Monaten habe die Gemeinde Gottes Handeln intensiv erlebt. So sei das Kirchengebäude nach dem Ereignis schnell als nicht einsturzgefährdet eingestuft worden. Die Gottesdienste hätten deshalb nur kurz ausfallen müssen. Der erste Gottesdienst nach dem Vorfall sei für alle Teilnehmer sehr emotional gewesen. Das Gebäude sei kurz vor Weihnachten schließlich vollständig repariert worden. Aufgrund der Berichterstattung habe es viele neugierige Besucher gegeben. So seien etwa zu einem Weihnachtskonzert zwischen 200 und 300 Außenstehende gekommen. „Gott hat etwas Gutes aus dem Vorfall gemacht“, so Avram.

Ereignis durch Prophetie angekündigt

Tatsächlich sei seine Gemeinde innerlich auf die Amokfahrt vorbereitet gewesen, sagte der Pastor: „Anfang 2024 hatte es einen prophetischen Eindruck gegeben, der vor einem Ereignis warnte, das die Gemeinde in ein negatives Licht stellen könnte.“ Man habe als Reaktion darauf intensiv gefastet und gebetet. Als sich der Vorfall im Juli ereignete, habe die Gemeinde tatsächlich mit zahlreichen Vorurteilen und falscher Berichterstattung zu kämpfen gehabt. So sei fälschlicherweise immer wieder behauptet worden, dass der Täter Gemeindeglied gewesen sei. Es habe viele Interviews gebraucht, um alles richtig zu stellen. Avram zeigte sich insgesamt dankbar: Seine Gemeinde sei noch enger zusammengewachsen und habe in der Ortschaft mit ihrem Handeln einen positiven Eindruck hinterlassen.

Russland: In den Hausarrest entlassen

(IGFM) Ganz frisch erreicht uns die Nachricht, dass die bekannte Kriegsgegnerin und politische Gefangene **Daria Kosyrewa** heute aus dem Gefängnis in den Hausarrest entlassen wurde. Die 19-jährige wurde im Februar 2024 verhaftet, nachdem sie mehrfach Antikriegsgedanken in künstlerischer und philosophischer Form verbreitet hatte. Aufgrund dessen warf ihr das Gericht u.a. die „wiederholte Diskreditierung des Einsatzes der Streitkräfte der Russischen Föderation“ vor. Wir freuen uns, dass die junge Kriegsgegnerin entlassen wurde und machen auf den Mut junger Menschen in Russland aufmerksam, die sich aktiv gegen den verbrecherischen Krieg Russlands gegen die Ukraine positionieren. Daria Kosyrewa wurde mit einer einstweiligen Verfügung in den Hausarrest entlassen, sie wurde mundtot gemacht. Über 130 junge Russen wurden aufgrund Antikriegsaktionen verhaftet und zu willkürlich hohen Strafen verurteilt.

Türkei: Erschütterung und neue Hoffnung

(AVC) An der Grenze zu Syrien liegt die Stadt Antakya. Vor knapp zwei Jahren bebte hier die Erde, und viele Menschen starben. Noch mehr verloren ihre Häuser oder geliebte Familienangehörige und Freunde.

Katastrophen bekommen eine große mediale Aufmerksamkeit. In den ersten Tagen interessiert sich die Öffentlichkeit für das Leid der Betroffenen. Aber was kommt danach? Die Aufmerksamkeit geht verloren und die Hilfe schwindet. Der Schmerz, die Trauer und die innere Erschütterung jedoch bleiben. In dieser Situation sind Menschen häufig offen für die gute Nachricht. Das erlebt gerade unser Partner Bruder Georgi in der Türkei. Er berichtete, dass besonders viele Aleviten und Syrer zu ihm in die Gemeinde kommen. Sie hören gerne seine Predigten. Es ist jedoch nicht einfach, Versammlungsstätten zu finden, geschweige denn ein Gotteshaus zu errichten. Deshalb halten sie den Gottesdienst in einem Zelt. Auch wenn wir dankbar für diese Möglichkeit sind, kann sie nur eine Übergangslösung sein. Wir benötigen ein Gemeindehaus.

Die Behörden tolerieren die Versammlungen, versuchen aber die Arbeit der Pastoren und Evangelisten auf andere Weise zu verhindern. So laufen bei mehreren ausländischen Mitarbeitern von Bruder Georgi die Aufenthaltstitel aus und werden nicht mehr erneuert. Ein Pastor musste erst kürzlich das Land verlassen.

Gerade jetzt, wo die Arbeit unter Aleviten und Syrern zu florieren beginnt, benötigen die Geschwister in der Türkei unser Gebet.

Wir beten, dass

...Räumlichkeiten für Gottesdienste gefunden werden,

...trotz Einschränkung die Arbeit wachsen kann,

...eine Erweckung unter Aleviten und Syrern in der Türkei beginnt.

Ukraine: Bibelstudium unter Geflüchteten

(Licht im Osten, Michail W., Poltawa berichtet: „Nach wie vor treffen wir uns jede Woche mit Vertriebenen zum Bibelstudium. Es ist ermutigend zu sehen, wie gern die Menschen zu den Bibelstunden kommen. Wir laden alle Teilnehmer ein, auch unsere Sonntagsgottesdienste zu besuchen. Einige kommen bereits regelmäßig dazu. Hier erleben sie, wie die Gemeinde Gott anbetet und verherrlicht. Es erfüllt uns mit besonderer Ehrfurcht, wenn jemand im Gottesdienst den Wunsch äußert, sich zu bekehren. Jede Bekehrung ist ein besonderes Wirken Gottes im Leben eines Menschen. So ging vor einem Monat eine Frau nach vorn und bedankte sich überschwänglich bei der Gemeinde für das Gebet für ihren Sohn. Er war im Krieg verwundet worden und ist nun wieder geheilt. Diese Frau hatte Anfang des Jahres den Dienst der mobilen Klinik in Poltawa besucht. Danach kam sie regelmäßig zum Gottesdienst. Und nun stand sie vor der ganzen Gemeinde, bedankte sich für die Gebete und sagte: ‚Ich möchte so sein wie Sie.‘ Ich fragte sie: ‚Wollen Sie sich bekehren?‘ Sie sagte: ‚Ja‘. Am letzten Montag im Dezember fragte eine andere Frau in der Bibelstunde: ‚Kann ich mich jetzt gleich bekehren oder muss ich bis zum Sonntagsgottesdienst warten?‘ Ich antwortete: ‚Ja, natürlich, das dürfen Sie gerade jetzt tun.‘ Eine andere Teilnehmerin wollte sich ebenfalls bekehren. Ich bat die Gruppe aufzustehen, und beide Frauen gingen nach vorn und bekehrten sich von ganzem Herzen. Gelobt sei Gott!“

☒ Preisen Sie mit uns Gott für all sein Wirken an ukrainischen Geflüchteten – ob innerhalb der Ukraine oder in anderen Ländern.

☒ Danken Sie mit uns für alle Möglichkeiten zu Einsätzen mit der mobilen Augenklinik und dafür, dass hier immer wieder vielen Menschen geholfen wird – medizinisch, aber auch geistlich durch die evangelistische Bilderausstellung, die bei jedem dieser Einsätze angeboten wird.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]